



Russland: Die Staatsdumawahl sowie personelle und strukturelle Veränderungen in der Sicherheitsarchitektur

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Oktober 2016

Zusammenfassung

Am 18. September wurde das russische Parlament, die Staatsduma, neu gewählt; zum ersten Mal seit 2003 wieder zur Hälfte über Parteilisten und zur anderen Hälfte in Direktwahlkreisen. Der Sieger, die Machtpartei „Einiges Russland“, konnte das Listenwahlergebnis gegenüber 2011 um 4,9 % auf 54,2 % verbessern. Nach Zuzählung der Direktmandate erreichte die Machtpartei eine Fraktionsstärke von 76,2 % (2011 nur 52,9 %), so dass sie jetzt die Verfassung ändern und ein Präsidentenveto überstimmen kann.

Am 22. September ernannte Präsident Wladimir Putin den bisherigen Vorsitzenden der Staatsduma, Sergej Naryschkin, zum Chef des russischen Auslandsnachrichtendienst (SWR). Bis zu den Präsidentschaftswahlen 2018 will Putin durch das Zusammenlegen von FSB, SWR und dem Personenschutz FSO ein Ministerium für Staatssicherheit (MGB) bilden. Das neue Ministerium MGB soll zudem die Funktion erhalten, in besonders brisanten Fällen selbst ermitteln zu können oder Ermittlungen anderer Justizorgane zu überwachen.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Die Staatsdumawahl

Am 18. September fanden in Russland mehr als 5.000 Wahlen statt. Auf der föderalen Ebene wurde ein neues Parlament, die Staatsduma, gewählt, auf regionaler Ebene 39 regionale Parlamente sowie sieben Gouverneure und auf kommunaler Ebene die Volksvertretungen in elf regionalen Hauptstädten sowie in vielen weiteren Kommunen örtliche Volksvertretungen und Bürgermeister.

Ergebnisse der Staatsdumawahl am 18. September 2016

Partei	Listenwahlergebnis (Ergebnis von 2011)	Fraktionsstärke Listen- u. Direkt- mandate (Ergebnis von 2011)
Einiges Russland (ER)	54,2 % (49,3 %)	343 oder 76,2 % (238 oder 52,9 %)
Kommunisten (KPRF)	13,3 % (19,2 %)	42 oder 9,3 % (92 oder 20,4 %)
Liberal-Demokraten (LDPR)	13,2 % (11,7 %)	39 oder 8,7 % (56 oder 12,4 %)
Gerechtes Russland (GR)	6,2 % (13,2 %)	23 oder 5,1 % (64 oder 14,2 %)

Quellen¹

Bei der diesjährigen Staatsdumawahl, bei der zum ersten Mal seit 2013 die Hälfte der 450 Abgeordneten wieder direkt gewählt wurde, konnte die Machtpartei ER ihr Listenwahlergebnis von 2011 um 4,9 % auf 54,2 % verbessern. Die besten Ergebnisse erreichte ER in den beiden kaukasischen Republiken Tschetschenien (96,29 %) und Dagestan (88,90 %) sowie in der ebenfalls muslimisch geprägten im Wolgabecken gelegenen Republik Tatarstan (85,27 %).

Mithilfe der vielen Direktmandate – ER gewann 90 % aller 225 Direktmandate – erreicht die Machtpartei eine Fraktionsstärke von 76,2 %, 23,3 % mehr als 2011. Damit kann die ER-Fraktion die Verfassung ändern und ein Präsidentenveto überstimmen. Präsident Wladimir Putin wertete dieses Ergebnis als Vertrauensbeweis für seine Politik, obwohl er nicht einmal Mitglied der Machtpartei ist. Und wahrscheinlich interpretiert er dieses Wahlergebnis mit dem Blick auf die 2018 anstehende Präsidentenwahl. In der ER-Fraktion gibt es zu 75 % neue Gesichter.

An zweiter Stelle rangieren mit großem Abstand die Kommunisten mit einem Listenwahlergebnis von 13,3 %, 5,9 % weniger als 2011. In der neuen Staatsduma hat sich ihre Fraktion von 20,4 % auf 9,3 % halbiert. Mit äußerst geringem Abstand folgt an dritter Stelle mit 13,2 % die LDPR, die ihr Listenwahlergebnis gegenüber 2011 um 1,5 % verbessern konnte. Ihre Fraktion bildet trotzdem mit 8,7 % eine um 3,7 % kleinere Fraktion als 2011,

¹

http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100067795854&vrn=100100067795849®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=0&vibid=100100067795854&type=233
<http://www.duma.gov.ru/structure/factions/er/>



weil sie kaum Direktmandate gewann. Die Partei GR halbierte ebenfalls ihr Listenwahlergebnis von 2011 von 13,2 % auf 6,2 %. Entsprechend schmolz die Fraktionsstärke auf ein Drittel von 14,2 % auf 5,1 %.

In der neuen Staatsduma sind dieselben Parteien vertreten wie 2011, weil die anderen zehn Parteien, die kandidiert hatten, die auf 5 % abgesenkte Hürde nicht überspringen konnten. Sie erreichten nicht einmal 3 %, denn dann hätten sie an der staatlichen Parteienfinanzierung – entsprechend ihrer Wählerstimmen – teilnehmen können. Selbst wenn die beiden demokratisch-liberalen Parteien „Jabloko“ (1,99 %) und „PARNAS“ (0,73 %) fusioniert hätten, was erstere nicht wollte, hätte es für 3 % nicht gereicht. Der „Fortschrittspartei“ des bekannten Oppositionspolitikers Alexej Nawalnyj – bei der Moskauer Oberbürgermeisterwahl im September 2013 hatte er mit 27 % das zweitbeste Ergebnis erreicht – war im April 2015 vom Justizministerium wegen Nichterfüllung einiger Auflagen die Registrierung wieder entzogen worden, weswegen sie an der Staatsdumawahl nicht teilnehmen konnte.

Die Wahlbeteiligung war mit 47,7 % um 12,4 % geringer als 2011 mit 60,1 %. Grund dafür dürfte die politische Geringschätzung des Parlaments und die allgemeinen Politikverdrossenheit bei den 111 Mio. Wahlberechtigten gewesen sein. Besonders niedrig war die Wahlbeteiligung in Moskau, im Gebiet Moskau und in St. Petersburg, nämlich unter 30 %. Die ländlichen Regionen und die kaukasischen Gebiete bekamen wegen der niedrigen Wahlbeteiligung in anderen Teilen Russlands ein disproportional hohes Gewicht.

Die Zentrale Wahlkommission hatte 691 ausländische Wahlbeobachter akkreditiert. In der Mehrzahl der Regionen gab es keinen richtigen Wahlkampf. Russische Politologen beurteilten die Agitation als „inhaltsleer und entpolitisiert“.

Die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Ella Pamfilowa, teilte mit, dass die meisten der 2.300 Klagen von Bürgern kamen, gefolgt von Kandidaten und dann erst von Parteien. Häufig wurde zugunsten der Kläger entschieden. In neun Wahlkreisen hat die Zentrale Wahlkommission die Ergebnisse annulliert.

Die ausländischen Wahlbeobachter zeigten sich zufrieden mit der Arbeit der Zentralen Wahlkommission. Die Wahlbeobachtungsorganisation der OSZE, ODIHR, erklärte in ihrem Bericht, dass die Wahlen gut organisiert waren, doch es gab Unregelmäßigkeiten und Demokratiedefizite im Vorfeld. So waren die Kandidaten nicht gleichwertig in den Medien vertreten. Die russische Wahl-NGO Golos resümiert mit der „Europäischen Plattform für demokratische Wahlen (EPDE)“, dass das Niveau der Verstöße diesmal niedriger war als bei der letzten Staatsdumawahl 2011. Die Zahl der festgestellten Verstöße während des Wahlkampfs sind als groß zu bezeichnen.²

In der neuen, der siebten Staatsduma, die am 5. Oktober zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentrat, wird die Anzahl der Ausschüsse um vier auf 26 reduziert.³ Die Hälfte der Ausschüsse – bei der Staatsduma heißen sie Komitees – leitet ER. ER behielt die Leitung der Ausschüsse für Gesetzgebung, Budget und Steuern, Sicherheit und Korruptionsbekämpfung, Energetik, Kultur, Nationalitätenfragen sowie Geschäftsordnung und Organisation der Parlamentsarbeit. Neu bekommen hat ER die Leitung der Ausschüsse für Verteidigung, Ökologie und Umweltschutz sowie für Gesundheit. Ferner wurde ER die Leitung der folgenden neuen bzw. umgebildeten Ausschüsse übertragen: Natur, Eigentum und Landnutzung, Verkehr und Bauwesen sowie Bildung und Wissenschaft. Der KPRF wurde – wie der LDPR – der Vorsitz in je fünf Ausschüssen übertragen: Familie, Frauen und

² <http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/RusslandAnalysen321.pdf>

³ <http://www.kommersant.ru/doc/3100242>



Kinder, GUS-Angelegenheiten, öffentliche und religiöse Organisationen, Agrarpolitik sowie Regionalpolitik und Probleme des Nordens und des Fernen Ostens. Die LDPR steht den Ausschüssen für internationale Beziehungen vor – der bisherige Ausschussvorsitzende und Moderator des wöchentlichen Politmagazins Postscriptum im russischen Fernsehen, Alexej Puschkow, war bei den Vorwahlen für die ER-Direktkandidaten durchgefallen und ist nun Senator im Föderationsrat für das Gebiet Pskow –, Industrie, Wirtschaft und Unternehmen, föderale Beziehungen und kommunale Verwaltung sowie Arbeit und Sport. GR wurde die Führung folgender Ausschüsse übertragen: Informationspolitik, Wohnungspolitik sowie Finanzmarkt.

Der bisherige Staatsdumavorsitzende Sergej Naryschkin, der gern weiterhin dem Parlament vorgestanden hätte, wird abgelöst und übernimmt ein neues wichtiges Amt (siehe unten). Sein Nachfolger wird der bisherige Erste Stellvertretende Leiter der Präsidentialadministration, Wjatscheslaw Wolodin, sein. Er wurde 1964 im Gebiet Saratow geboren und absolvierte 1986 das Institut für landwirtschaftliche Mechanisierung in Saratow. 2003 stand er schon einmal an der Spitze der Staatsduma als deren Stellvertretender Vorsitzender. Zwei Jahre später wurde er zudem zum Sekretär des Präsidiums des Generalrats von „Einiges Russland“ gewählt. 2010 übertrug Präsident Medwedew Wolodin die Leitung des Apparats der Regierung Putin im Rang eines Stellvertretenden Premiers. Und im Dezember 2011 berief Präsident Putin Wolodin zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration mit der Zuständigkeit für die Innenpolitik. Auch Wolodin wollte seinen bisherigen Posten lieber behalten.⁴

Putin beginnt offensichtlich in seiner Personalpolitik das Rotationsprinzip auszuprobieren. Der Präsident des Moskauer „Zentrums für Politechnologie“, Igor Bunin, charakterisiert Wolodin als einen „rationaleren und systematischeren Menschen“, der die Lage unter Kontrolle habe.⁵ Das neue gewählte Parlament werde unter seiner Leitung ausgewogenere Entscheidungen treffen. Der Direktor des „Zentrums zur Erforschung der postindustriellen Gesellschaft“ in Moskau, Wladislaw Inosemzew, hält Wolodin für einen Kandidaten für die Putin-Nachfolge.⁶

Personelle und strukturelle Veränderungen in der Sicherheitsarchitektur

Am 22. September ernannte Präsident Wladimir Putin den bisherigen Vorsitzenden der Staatsduma, Sergej Naryschkin, zum Chef des russischen Auslandsnachrichtendienstes SWR.⁷ Für diese Ernennung entschuldigte sich Putin bei den Wählern des Wahlbezirks Kingissej im Gebiet Leningrad, die Naryschkin direkt in die Staatsduma gewählt hatten⁸, und er jetzt sein Mandat nicht wahrnehmen kann. Außerdem hatte Naryschkin die Liste von „Einiges Russland“ in den Gebieten Leningrad und Murmansk angeführt.

Naryschkin wurde 1954 in Leningrad geboren. 1985 absolvierte er das Rotbanner-Institut des KGB namens Andropow, an dem mit ihm auch Putin studierte⁹, 1987 die Leningrader Mechanische Hochschule und später im Rahmen eines Zweitstudiums der Wirtschaft die Petersburger Internationale Hochschule für Management.

⁴ <http://www.rbc.ru/politics/23/09/2016/57e4dc379a7947e84de7b2eb>

⁵ <http://www.novayagazeta.ru/politics/74690.html>

⁶ <http://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2016/09/18/657456-rossiya-poroge-2020-h>

⁷ <http://www.kremlin.ru/acts/news/52950>

⁸ <https://slon.ru/posts/73867>

⁹ http://www.lobbying.ru/content/persons/id_1109_linkid_11.html



Von 1978 bis 1982 arbeitete Naryschkin zusammen mit Putin in der Ersten Hauptverwaltung des KGB.¹⁰ 1982 war er als Experte des Staatskomitees für Wissenschaft und Technik der UdSSR an der sowjetischen Botschaft in Belgien tätig gewesen. Im Jahr 2007 wurde Naryschkin zum Stellvertretenden Premier ernannt. Bald nach der Vereidigung von Präsident Dmitrij Medwedew übernahm Naryschkin im Mai 2008 die Leitung der Präsidentialadministration, sozusagen um für Putin, der inzwischen Premier geworden war, den neuen Präsidenten zu kontrollieren und vielleicht auch irgendwie zu steuern. Im Dezember 2011 wurde Naryschkin dann zum Vorsitzenden der Staatsduma gewählt.

Der russische „Dienst für Außenaufklärung“ (russ. abgekürzt SWR) wurde im Dezember 1991 vom damaligen Präsidenten Boris Jelzin durch die Aufteilung des KGB in seine Bestandteile FSB (Inlandsgeheimdienst) und SWR (früher die Erste Hauptverwaltung des KGB) geschaffen. Der erste SWR-Chef war Jewgenij Primakow (1991-1996). Durch die Verselbständigung der beiden KGB-Dienste sollte ihre Effektivität und Flexibilität gesteigert werden.

Der bisherige SWR-Chef, Michail Fradkow, wird Vorsitzender des Aufsichtsrats der russischen Staatlichen Eisenbahn. Bevor er 2007 an die Spitze des SWR berufen worden war, war er drei Jahre Regierungschef gewesen. Dass Fradkow, der beruflich aus dem Außenhandels- und Steuerbereich kam, damals die Leitung der russischen Auslandsspionage übertragen wurde, verwunderte allgemein.

Wie lange Naryschkin SWR-Chef bleiben wird, dürfte offen sein, denn am 19. September wurde bekannt, dass Putin bis zu den Präsidentschaftswahlen 2018 durch das Zusammenlegen von FSB, SWR und dem Personenschutz FSO ein Ministerium für Staatssicherheit bilden möchte.¹¹ Das neue Ministerium würde als MGB abgekürzt und nicht KGB, der kein Ministerium, sondern „nur“ ein Staatskomitee war. Ein Ministerium für Staatssicherheit gab es zu Sowjetzeiten schon einmal. Das MGB war kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs im März 1946 gegründet und im März 1953 – gleich nach Stalins Tod – aufgelöst und ein Jahr später dem Innenministerium unterstellt worden.

Das neue Ministerium MGB soll zudem die neue Funktion erhalten, in besonders brisanten Fällen selbst ermitteln zu können oder Ermittlungen anderer Justizorgane zu überwachen. Auf dieser Linie liegt das Vorhaben, das Ermittlungskomitee, das Putin 2007 geschaffen hatte, wieder der Generalstaatsanwaltschaft einzugliedern. Das Ermittlungskomitee gehörte von Anfang an zum Büro der Generalstaatsanwaltschaft, führte sich aber als selbständiges Organ auf, weshalb es immer Streit zwischen dem Ermittlungskomitee und der Generalstaatsanwaltschaft gab. Der Leiter des Ermittlungskomitees, Alexandr Bastrykin, bot inzwischen Putin seinen Rücktritt an. Dieser Schritt war aufgrund von Korruptionsfällen an der Spitze des Ermittlungskomitees, die im Juli bekannt worden waren, erwartet worden.¹²

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im Oktober 2016 im Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 89 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

¹⁰ <http://www.kommersant.ru/doc/3070378>

¹¹ <http://kommersant.ru/doc/3093174>

¹² Vgl. Russland intern aktuell, Nr. 87, Juli 2016, S. 6 f.



Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider